

# Krise auf Kuba: Ende in Sicht?

Von [Marcel Kunzmann](#)

*Makroskop*, 3. August 2022

Link: <https://makroskop.eu/27-2022/wirtschaftskrise-auf-kuba-ende-in-sicht/>

Anderthalb Jahre nach Beginn der Währungsreform steckt Kuba noch immer in einer tiefen Rezession. Nun setzt man auf einen „nachhaltigen Sozialismus“ und die Öffnung der Wirtschaft.

Ein Jahr nach den Massenprotesten vom 11. Juli 2021 ist die Lage auf den Straßen in Kuba ruhig. Auf den ersten Blick scheint die Normalität zurückgekehrt zu sein, doch im Hintergrund beginnt es kräftig zu rumoren. Schätzungen zu Folge haben seit letztem Oktober rund 150.000 Menschen der Insel den Rücken gekehrt. Denn die Probleme, welche vergangenes Jahr zu den größten regierungskritischen Protesten der jüngeren Geschichte der Revolution geführt haben, sind noch immer ungelöst: Die Versorgungslage ist weiterhin extrem angespannt. Viele Produkte sind nur gegen Devisen oder auf dem informellen Markt erhältlich, Geschäfte in kubanischen Pesos sind größtenteils leer.

Auf der Sommersitzung des Parlaments kündigte Wirtschaftsminister Alejandro Gil nun ein 75 Maßnahmen umfassendes Reformpaket an, das unter anderem die Einrichtung eines neuen Devisenmarkts für die Bevölkerung vorsieht. Was steckt hinter dem Maßnahmenpaket, und wo steht Kubas Wirtschaft heute?

## „Big Bang“-Reform

Anderthalb Jahre nach Beginn der [Währungsreform auf Kuba](#) geht die „Aufgabe Neuordnung“, wie die größte geldpolitische Restrukturierung des Landes in den letzten 30 Jahren genannt wurde, in die zweite Phase über. Am 1. Januar 2021 wurde der konvertible Peso (CUC) abgeschafft und der kubanische Peso zum einzigen Zahlungsmittel. Dieser erhielt einen einheitlichen fixen Wechselkurs zum US-Dollar von 24:1. Vorher wurde im Staatssektor intern mit einem Kurs von 1:1 gerechnet, was Importe künstlich verbilligt hat und Exporte unrentabel werden ließ. Das System der Löhne und Preise wurde in Folge der Reform komplett neu abgesteckt, Subventionen für Elektrizität und rationierte Lebensmittel reduziert und der Durchschnittslohn verfünffacht.

Statt des ursprünglich angedachten graduellen Wegs entschied sich die kubanische Führung inmitten des Corona-Lockdowns, neuer US-Sanktionen und ohne Tourismus für eine „Big Bang“-Reform, welche die ohnehin strauchelnde Wirtschaft weiter an den Rand des Abgrunds drückte: Angesichts der um 50 Prozent gesunkenen Deviseneinnahmen, musste der größte Teil des Einzelhandels dollarisiert werden. Über die garantierte Grundversorgung des Bezugshefts „Libreta“ hinaus sind viele Produkte heute deswegen nur über den Schwarzmarkt

erhältlich. Dort liegt der Wechselkurs des Pesos derzeit bei 113:1 zum US-Dollar und damit fast doppelt so hoch wie im vergangenen Juli.

Diese externen Faktoren führten indes zu einem Einbruch des Bruttoinlandprodukts von 13 Prozent in den Jahren 2020 und 2021. Die Inflationsrate wurde für das vergangene Jahr mit 70 Prozent angegeben, während unabhängige Ökonomen, welche die Preise auf dem informellen Sektor stärker in Rechnung stellten, von bis zu 500 Prozent ausgingen. Die reale Kaufkraft der Löhne liegt wieder unter den Werten von vor der Pandemie.

Im Sommer 2021 hatte der Staat den Ankauf von Dollar in Form von Bargeld eingestellt. Für die Bevölkerung war dies ein harter Schlag, da viele Bargeldersparnisse in Fremdwährung nur wenige Monate nach der Währungsreform de facto weiter entwertet wurden. Begründet wurde der Schritt mit neuen Finanzsanktionen, welche die Nutzung der US-Währung für den Staat immer weiter eingeschränkt haben.

Tatsächlich wurde die seit mehr als 60 Jahren bestehende Wirtschaftsblockade kurz vor Pandemiebeginn nochmal in mehreren Schritten aufs äußerste verschärft. Ende 2019 wurde die Insel fast komplett vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten. Ein wichtiger Faktor hierbei war die erneute Listung als „Staatssponsor des Terrorismus“, welche staatliche wie private Unternehmen externer Finanzierungsquellen beraubt und sämtliche Akteure auf Kuba zur „persona non grata“ für Banken macht.

Laut Angaben des Wirtschaftsministeriums sind Importe für das Land derzeit rund 20 Prozent teurer als für andere Staaten. Kredite, Investoren und Geschäftspartner bleiben aus, während die knappen Mittel für die Aufrechterhaltung der Grundversorgung priorisiert werden müssen. Der volkswirtschaftlich wichtige Devisenstrom in Form von Geldsendungen durch Angehörige im Ausland (vor 2020 rund drei Milliarden US-Dollar pro Jahr) hat sich mit der Schließung von Western Union und anderer Anbieter immer weiter ausgedünnt. Selbst verhaltene humanitäre Erleichterungen der Blockade wurden von Washington lange Zeit ausgeschlossen, obschon Kubas hochwirksame und günstige Vakzine einen gewichtigen Beitrag für die Pandemiebekämpfung im Globalen Süden leisten könnten.

Inmitten dieses „Perfekten Sturms“ ereigneten sich am 11. Juli letzten Jahres die größten regierungskritischen Proteste seit Jahrzehnten, zu deren unmittelbaren Auslösern die prekäre Stromversorgung zählte. Die Sanktionierung venezolanischer Öllieferungen hatte bereits ab 2019 zu einer Energiekrise auf der Insel geführt, deren Folgen Stromabschaltungen und eine massive Einschränkung des ÖPNV-Angebots waren.

Davon hat sich Kuba, trotz zuletzt wieder steigender Lieferungen, nicht erholt. Heute mangelt es nicht nur an den Energieträgern selbst: Aufgrund fehlender Devisen mussten die Wartungszyklen der teilweise mehr als 40 Jahre alten

Schwerölkraftwerke gestreckt werden, was immer wieder zu Havarien führt. Erst wenige Tage vor dem Jahrestag der Proteste barsten nach Wartungsarbeiten mehrere Rohre der „Termoeléctrica Felton“ in Holguín, was einen schweren Brand nach sich zog. Die Grundlast hat inzwischen Verstärkung von schwimmenden Kraftwerksschiffen aus der Türkei bekommen, so dass viele geplante Wartungen in diesem Jahr nachgeholt werden sollen. Um die Probleme dauerhaft zu lösen, sind allerdings weitaus größere Investitionsmittel notwendig, die – nicht zuletzt auch aufgrund der Sanktionen – momentan nicht in Sicht sind.

### Aufbau eines „prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus“

Die Wirtschaftsreformen schreiten indes, wie von Raúl Castro einst zu Beginn des Prozesses beschrieben, „ohne Eile, aber ohne Pause“ voran. Seit letztem September sind mehr als 4400 Kleine und mittlere Unternehmen mit rund 75.000 Beschäftigten erstmals unter eigener Rechtsform gegründet bzw. in diese umgewandelt worden. Eine umfangreiche Reform zur Freigabe der Preisbildung soll den Einzelhandel auf eine neue Grundlage stellen. Die Dezentralisierung des Staatssektors könnte angesichts der anstehenden Restrukturierung des Militärkomplexes GAESA weiter an Fahrt gewinnen. In einer Neuausrichtung der Investitionspolitik wirbt Kuba inzwischen aktiv um Kapital aus der Exilgemeinde und präsentiert Projektideen für kleinere Unternehmen. Die im Mai 2021 gestartete Landwirtschaftsreform beginnt allererste positive Ergebnisse zu zeigen.

Präsident Díaz-Canel wird dabei nicht müde, sein Bekenntnis zum Aufbau eines „prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus“ zu erneuern. Der Weg hin zu einer gemischteren Wirtschaft, die den Markt einbezieht, sowie der Einführung weiterer Rechte und breiterer Partizipationskanäle ist in der neuen Verfassung klar abgesteckt und in Form eines langfristigen Perspektivplans in mehreren Schlüsseldokumenten kartiert. Dabei gilt es bürokratische Hürden zu überwinden und die dicken Bretter in der mittleren Ebene zu durchbohren. Die Farbe der Katze scheint in Teilen des Staatsapparats noch immer die wichtigste Rolle zu spielen, weniger, ob sie Mäuse fängt oder nicht.

Nun folgt ein weiteres Reformpaket, dessen Kernstück die Einrichtung eines neuen Währungsmarktes für die Bevölkerung ist. So wird der Staat zum ersten Mal seit 2021 wieder harte Währung verkaufen. Kubaner und Touristen werden gleichermaßen Zugang diesem neuen Umtauschsystem haben, das auch wieder Dollar in Form von Bargeld akzeptiert. Der Wechselkurs soll sich zwischen dem offiziellen Kurs von 24:1 und dem informellen Kurs ansiedeln, so dass ein Kurs von etwa 50 bis 60:1 zu erwarten ist.

Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass der Devisenverkauf mengenmäßig limitiert sein wird. Die Einnahmen aus diesem Markt sollen zur Erhöhung des Angebots an kubanischen Pesos verwendet werden, wie der Minister erklärte. Unmittelbar nach der Ankündigung begann der Wert des Pesos auf dem informellen Markt wieder zu steigen. Die kubanische Ökonomin Tamarys Lien

Bahamonde, die derzeit an der Universität Delaware forscht, erwartet für die kommenden Wochen eine Fortsetzung dieses Trends.

Ziel der Maßnahmen ist es, die Deviseneinnahmen und damit das Haushaltsdefizit zu konsolidieren und die heimische Produktion anzukurbeln. Das schließt auch einen noch nicht weiter spezifizierten Abbau der Überbeschäftigung im haushaltsfinanzierten Sektor ein, zu dem neben den Institutionen auch die 1941 Staatsbetriebe zählen, in denen zwei Drittel der Bevölkerung beschäftigt sind.

### Weitere Öffnung des Privatsektors

Ein weiteres Element des Pakets ist die Ankündigung, Joint Ventures zwischen staatlichen und privaten Unternehmen zu erlauben. Die langfristige Tragweite dieser Maßnahme sollte nicht unterschätzt werden: Zum ersten Mal seit der "revolutionären Offensive" von 1968 werden damit staatliche und private Unternehmen auf Kuba Seite an Seite wachsen und aufs engste interagieren können, anstatt sich gegenseitig zu blockieren.

Die Ankündigung eines neuen Rechtsrahmens für ausländische Direktinvestitionen mit den Privatbetrieben (welche jetzt unter der Rechtsform einer SLR, die einer deutschen GmbH vergleichbar ist, operieren), erfolgte hingegen bereits im September 2021. Damit könnte auch kurzfristig einige Bewegung in die Wirtschaft kommen. Voraussetzung dafür sind allerdings weitere Lockerungen der US-Finanzsanktionen. Mit dem Öffnungsschritt hat sich Kuba nun nicht zuletzt auch einen gewichtigen Verhandlungsschritt für die laufenden Gespräche mit den Vereinigten Staaten geschaffen.

Ein weiterer interessanter und unvorhergesehener Schritt ist die Ankündigung, Konsignationsverkäufe durch in- und ausländische Lieferanten zuzulassen sowie die Vergabe einer Lizenz an die kubanische Post für grenzüberschreitenden elektronischen Handel. Wie Raúl Castro auf dem letzten Parteikongress 2021 klarstellte, darf die "rote Linie" des staatlichen Außenhandelsmonopols im Rahmen der Reformen nicht überschritten werden – wie sich zeigt, ist eine Aufweichung aber durchaus möglich. Es bleibt abzuwarten, wie weit diese Maßnahmen zusammen mit den neuen FDI-Gesetzen tatsächlich gehen werden, noch fehlen die entsprechenden Gesetze. Wie aus Unternehmerkreisen zu hören ist, wurde der Spielraum für heimische Privatunternehmen im Bereich des Außenhandels jedoch schon ohne entsprechende juristische Grundlage in den letzten Monaten massiv erweitert.

Weitere, kleinere Initiativen bestehen in der Reduzierung privater Einfuhrzölle, der Förderung des Verkaufs von Solarmodulen sowie der Ausweitung von Zuschüssen für bedürftige Haushalte. Neu ist hierbei, dass die Gründung von Privatbetrieben nun auch im Rahmen sozialpolitischer Zielstellung (zum Beispiel Wäschereien und Essensangebote für vulnerable Gemeinden) gezielt gefördert werden soll.

Ende der Talsohle langsam in Sicht

Der ehemalige kubanische Zentralbankökonom Pavel Vidal bewertet die Maßnahmen als nicht weitgehend genug angesichts der Dringlichkeit der Lage. Er fordert die Einführung eines flexiblen Wechselkurses und die Öffnung des Währungsmarkts für weitere Akteure der Wirtschaft. Die Ausweitung der Kleinen und Mittelständischen Unternehmen sei dabei eine der wichtigsten Schritte, welcher noch stärker institutionell begleitet und unterstützt werden müsse. Auf der anderen Seite brauchen selbst ambitioniertere Reformen ein besseres Umfeld, um gedeihen zu können. „Tatsächlich bleiben der kubanischen Regierung in diesem Jahr nur sehr wenig Möglichkeiten, um die Situation zu ändern. Es gibt keinen Spielraum für einen Anstieg der öffentlichen Ausgaben, der Auslandsverschuldung oder der Importe. Kurzfristig hängt die Erholung zu einem großen Teil von externen Faktoren ab, insbesondere dem Tourismus, den US-Sanktionen und der internationalen Wirtschaftslage“, so Vidal im Gespräch mit MAKROSKOP.

Wie Wirtschaftsminister Alejandro Gil gegenüber den Abgeordneten bekannt gab, war Kubas Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal nach drei Jahren Rezession wieder um 10,9 Prozent gewachsen. Das Ziel von vier Prozent bis zum Ende des Jahres sei erreichbar, so Gil, jedoch bleibe man dann weiterhin rund 7 Prozent unter dem Wert von 2019. Notwendig für die Erreichung des Wachstumsziels sind vor allem die Einnahmen aus dem Tourismus, für die man „keinen Ersatz“ hat, so Gil. Von Januar bis Ende Juni trafen rund 685.000 Besucher auf der Insel ein, zum Ende des Jahres sollen es 2,5 Millionen werden. Ein ambitionierter Plan, der angesichts der Bedeutung russischer Touristen für den kubanischen Markt im Kontext der Sanktionen schwierig zu erreichen scheint. Einen Hoffnungsschimmer haben zuletzt erneute Gespräche mit den Vereinigten Staaten unter Vermittlung von Papst Franziskus aufgetan. Selbst moderate Lockerungen der Reisebeschränkungen für US-Amerikaner haben für Kuba kurzfristig massive Auswirkungen.

Trotz der weiterhin kritischen Lage scheint das Ende der mehrjährigen Talsohle für Kuba langsam in Sicht. Offen bleibt die Frage nach der Geschwindigkeit der einsetzenden Erholung. Während die externen Unwägbarkeiten Kuba in der Vergangenheit immer wieder einen Strich durch die Rechnung machten, kann es für die Inselwirtschaft jetzt eigentlich nur noch besser werden. Die Erkenntnis, sich bei der Umsetzung der Reformen von äußeren Umständen weitgehend unabhängig machen zu müssen, scheint sich jedenfalls in den Köpfen der Regierung langsam durchgesetzt zu haben. Erstmals seit 2021 kommt wieder Bewegung in die festgefahrene Geldpolitik des Landes, während die Tragweite mancher Schritte erst in einigen Jahren voll zur Geltung kommen dürfte.

[Marcel Kunzmann](#) studierte Politikwissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft und absolvierte sein Masterstudium der interdisziplinären Lateinamerikastudien an der FU Berlin. Als Journalist berichtet er regelmäßig über die Lage in Kuba.